Das Corona-Paradox IV: Maskenmärkte oder maskierte Märkte?

Die Maskenfront bröckelt. Während in asiatischen Ländern kein Zweifel an der Nützlichkeit von Atemschutzmasken bei der Eindämmung des Corona-Virus besteht, hat das Robert-Koch-Institut erst heute die bisher ablehnende Haltung geändert; bisher wurde sogar von deren Gebrauch abgeraten. Obgleich die Politik bislang hierzulande von einer Maskenpflicht, etwa beim Einkaufen, noch nichts wissen will, anders als etwa die österreichische Regierung, prognostiziert Bayerns Ministerpräsident Markus Söder im Kampf gegen das Corona-Virus in Deutschland nunmehr dennoch einen Bedarf von Milliarden Masken. Zunächst brauche man die Masken für das medizinische Personal und dann prioritär auch für Alten- und Pflegeheime, sagte Söder. Man brauche die Masken dann aber „in der breiten Entwicklung auch irgendwann, wenn es um den Arbeitsschutz geht, um das Miteinander“. Eine ausreichende Menge Masken also als Teil einer Exit-Strategie, mit der man Schritt für Schritt zurück zur Normalität kommen könne. Sei es, daß die Masken im Unterricht in der Schule getragen werden oder beim Einkaufen im Supermarkt.

Woher sollen nun die Milliarden Masken kommen, angesichts eines eklatanten Angebotsmangels? Und wie sollen Atemschutzmasken zu denen kommen, die sie benötigen? Die Produktion und Distribution plant offenbar der Staat und der Bundesverband der Deutschen Industrie (BDI) assistiert: die Politik sei nun gefordert, den aktuellen Bedarf an Atemschutzmasken und anderen Gütern zu ermitteln und die Industriebetriebe darüber zu informieren. „Nur so können Unternehmen auch die Produkte herstellen, welche für die medizinische Versorgung in der Corona-Krise notwendig sind“, berichtet die *Frankfurter Allgemeine Zeitung*. Soviel Marktskepsis ist man vom BDI nicht gewohnt. In normalen Zeiten hat der BDI vermutlich nicht den geringsten Zweifel, daß Märkte solche Knappheit beseitigen könnten und daß Unternehmen weitaus findiger als der Staat darin seien, herauszufinden, was, wo und von wem gebraucht werde. „Bauknecht weiß was Frauen wünschen“ lautete einst ein selbstbewußter Werbespruch. Konkrete Ansagen bekommen die Unternehmen daher aus dem Bundesgesundheitsministerium: Um dem Mangel an Schutzausrüstung entgegenzuwirken, kauft das Ministerium jetzt selbst ein. Auf seiner Homepage wird auf eine Ausschreibung für den Erwerb von Atemschutzmasken und Schutzkittel verwiesen, für die ein vom Ministerium festgelegter Einheitspreis gelte.

Als Ökonom reibt man sich die Augen: wenn eine enorme Nachfrage auf ein begrenztes Angebot trifft, sind zwangsläufig steigende Preise zu erwarten. Geradezu paradox wirkt daher die Absicht des Bundesgesundheitsministeriums dem Mangel mit einem Einheitspreis entgegenwirken zu wollen. Steigende Preise würden potentiellen Anbietern doch ein Signal für die Nachfrage nach einem knappen Gut liefern. Das ist die zentrale Funktion des Preises. Findige Unternehmer und Händler hätten dann einen Anreiz, ein Angebot bereitzustellen; sei es durch Kapazitätserhöhung, d.h. durch die Anschaffung neuer Maschinen und die Einstellung zusätzlicher Mitarbeiter oder durch Umstellung der Produktion: statt Unterwäsche eben Schutzmasken. Was wäre also schlecht an steigenden Preisen?

Freilich freut sich kein Nachfrager über steigende Preise. Auch nicht der Staat als potentieller Großabnehmer. Aber dieser hat durchaus noch einen Trumpf in der Hinterhand: angesichts des wirtschaftlichen Infarkts, der durch die umfassenden Ausgangs- und Gewerbebeschränkungen ausgelöst wurde, bleibt manchen Unternehmen gar nichts anderes übrig, als ungenutzte Kapazitäten für die Herstellung von Atemschutzmasken zu verwenden und sei es nur zu einem staatlichen Einheitspreis. Damit aber wird sicher keine wirtschaftliche

Dynamik zur Produktion der Milliarden Masken entfacht, wie man sie bräuchte, um den Mangel umfassend und schnell zu beseitigen. Wer den Preismechanismus nicht will, muß mit leeren Regalen leben. Stattdessen wird also auf lokale Notproduktion wie in Kriegszeiten umgestellt. Krisengewinnler wird es auch so geben. Weil nur solche Betriebe umstellen werden, für die es sich unter den gegebenen Bedingungen lohnt, wird das Angebot zudem begrenzt bleiben. Von Zwangsproduktion wird hierzulande noch abgesehen. Die Verwaltung des Mangels wird hochpolitisch bleiben: Vorrang haben Gesundheitseinrichtungen, Polizei und Gefängnisse. Für die Zivilbevölkerung bleibt der Rest. Verteilungskämpfe um knappe Ressourcen sind zu erwarten.

Wer daher auf das Spiel der Märkte hofft, hat vielleicht die Rechnung ohne den Wirt gemacht. Denn die gegenwärtige Lage offenbart eine besondere Tragik und die Zeit drängt. Dabei agieren die staatlichen Akteure nicht nur als ordnungspolitische Regelsetzer, sondern auch als Nachfrager auf den Beschaffungsmärkten. Die Exportbeschränkungen sollen die nationale Versorgung sichern, hemmen aber den internationalen Handel. Dieser Zielkonflikt zeigt sich dann in Verteilungskämpfen auf den internationalen Beschaffungsmärkten: Die *Frankfurter Allgemeine Zeitung* berichtet, daß von amerikanischer Seite aus in China versucht werde, mit großen Bargeldsummen Ladungen von Schutzausrüstungen in die Vereinigten Staaten umzuleiten. Demnach seien für Frankreich bestimmte Maskenlieferungen von den USA auf dem Rollfeld chinesischer Flughäfen gekauft worden, wobei der dreifache Preis für die Sendung bezahlt worden sei. Es verlaufe so, daß die Amerikaner auf dem Rollfeld ankommen, das Geld herausnehmen und drei- oder viermal mehr für die Bestellungen bezahlen. Aus Deutschland kommen ähnliche Vorwürfe. Auch Berlin hatte 200.000 Atemschutzmasken der Schutzklassen FFP2 für Einsatzkräfte der Polizei und Pflegepersonal bei der amerikanischen Firma 3M bestellt, die in China produziert werden. Die Ware soll am Flughafen Bangkok in Thailand abgefangen und in die Vereinigten Staaten gebracht worden sein. Staatliche Akteure scheinen in einem Dilemma: vertrauten die staatlichen Akteure auf das Spiel der Märkte, würden sie ihre eigene Machtlosigkeit demonstrieren. Daher werden staatliche Maßnahmen ergriffen. Die Regeln, die national gesetzt werden, um die Versorgung zu sichern, hemmen jedoch das potentielle Angebot und stehen globalen Lieferketten im Weg. Weder die staatliche noch die private Nachfrage kann so befriedigt werden. Letztlich verschärfen sich die Verteilungskämpfe auf den Beschaffungsmärkten und der Preis steigt doch; derzeit allerdings auf den Rollfeldern von internationalen Flughäfen.

Passau, 4. April 2020

Prof. Dr. Robert Obermaier